



# Schlesische Nachrichten



Zeitung für Schlesien

Herausgeber: Landmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien

Redaktionsanschrift: Dollendorfer Str. 412, 53639 Königswinter, Tel. (0 22 44) 92 59-0

Nummer 17/2009

Einzelpreis 2,20 Euro

1. September 2009

## Distanz zu Vertriebenen erneut offenbart

### Parteien antworten auf Fragen des BdV

**Rudi Pawelka – Bundesvorsitzender der Landmannschaft Schlesien**

Es war nichts anderes zu erwarten: In den wesentlichen Fragen bleiben die im Bundestag vertretenen Parteien – die Linke blieb wegen ihrer krassen Gegnerschaft ungefragt – gegenüber den Anliegen der Vertriebenen zumeist unverbindlich oder vertreten die altbekannten vertriebenenfeindlichen Thesen. Nur in einigen Aussagen kann man eine Nähe zu den Opfern der Vertreibung erkennen. Dabei befassten sich die vom BdV gestellten fünf Fra-

gen mit mehr oder weniger als „weich“ einzustufenden Themen. Fragen der Wiedergutmachung, z. B. die Entschädigung für geraubtes Eigentum oder für deutsche Zwangsarbeiter, sowie die volle Gewährung von Minderheitenrechten für die Deutschen in der Heimat und die Rückgabe von Beutekunst, waren nicht gestellt worden. Somit verblieben die Problembereiche Erinnerung, Kulturförderung, Spätaussiedler, Brückenfunktion der deut-

schen Volksgruppen in der Heimat und das Personenstandsrecht.

Zur Einrichtung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist es der SPD ein besonderes Anliegen, „die historischen Hintergründe bzw. Ursachen der Vertreibung“ zu benennen und die Perspektiven der europäischen Nachbarstaaten einzubeziehen, die auch bei der personellen Besetzung des Stiftungsrats zu berücksichtigen seien. Es soll also aufgerechnet wer-



### Bild aus der Heimat

**Nimpsch, 14 km östlich von Reichenbach, in den Vorbergen des Eulengebirges. Älteste namentlich bekannte Stadt Schlesiens. Stadtrecht 1282. Geburtsort des schlesischen Mundartdichters Ernst Schenke (1896 – 1982)**

Foto: Archiv SN

den zwischen NS-Verbrechen und Taten anderer Staaten an Deutschen und außerdem sollen die Interessen der Nachbarländer Eingang finden. Die historische Wahrheit bleibt somit nicht das oberste Ziel. Genauso die Sicht der Grünen, die sich außerdem darum sorgen, dass die deutschen Verbrechen durch die Erinnerung an die Vertreibung und an deutsche Opfer in den Hintergrund geraten. Welchen Opfern die Sympathie der Grünen gilt, wird dadurch deutlich, dass sie von deutschen Verbrechen in ihrer Antwort sprechen, aber die Taten an Deutschen nur als Unrecht bezeichnen. Sie kündigen an, genau hinzuschauen, welchen Einfluss der BdV auf die inhaltliche Ausrichtung nehmen wird.

Von einem vernünftigen Ausgleich, des geschehenen Unrechts zu gedenken und die berechtigten Interessen unserer befreundeten Nachbarstaaten nicht zu verletzen, spricht die FDP. Eine Mitwirkung von Vertretern des BdV in der Stiftung wird als unerlässlich angesehen, dem Verband auch ein Vorschlagsrecht für die drei Mitglieder im Stiftungsrat zugestanden, ohne sich jedoch personell festzulegen. CDU/CSU hatten es bei dieser Frage leicht, denn sie unterstützen die Vertriebenen hier vorbehaltlos. Auf die von Spitzenpolitikern der Union immer wieder zu hörende These von Ursache und Wirkung, also die Entschuldigung der Vertreibung durch NS-Verbrechen, die in die Konzeption der Stiftung einfließen müsse, wurde in der Antwort verzichtet.

Für die SPD ist die Kulturpflege der Vertreibungsgebiete zwar ein Thema, jedoch bekennt sie sich zu der unter der rot-grünen Regierung vollzogenen Zäsur, die Vertriebene aus der Arbeit herausdrängte und dafür auf staatlich getragene Institutionen setzte. Während CDU/CSU und FDP sich für eine dauerhafte Absicherung der Förderung aussprechen, die Union dabei auch den Auftrag an das ganze Volk betont, wollen die Grünen wiederum genau hinschauen, was mit den öffentlichen Geldern geschieht. Spätaussiedler sehen die Grünen nur in Zusammenhang mit anderen Zuwandergruppen. Sie schließen „ein Zurück zu einer integrationspolitischen Bevorzugung von Spätaussiedlern“ aus. Die besondere Verpflichtung nach Art. 116 Grundgesetz für Deutsche zählt demnach nicht.

Die SPD sieht die Aussiedlerproblematik schwerpunktmäßig als eine

Frage der Integration wie bei Ausländern auch. Härtefälle beim Familiennachzug oder wie sie sich aus der Gesetzgebung ergeben, z. B. bei der Personengruppe der so genannten Wolfskinder, werden nicht angesprochen. Gleiches gilt auch für die FDP, die allerdings die besondere Behandlung von Aussiedlern im Rahmen der Integrationsangebote als berechtigt bezeichnet.

Gesetzliche Regelungen für Härtefälle werden dagegen von der CDU/CSU aufgegriffen, die auch Leistungen aus dem Fremdentengesetz regelmäßig überprüfen will. Es ist sicher für die Betroffenen wohltuend, wenn die Union auf das besondere Schicksal der Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion hinweist und die besondere Verantwortung des deutschen Staates für diese Menschen hervorhebt. Rechtlich bedeutsam ist dabei auch ihr Festhalten an dem Kriegsfolgeschicksal, während für die in der Heimat verbleibenden Volksgruppen Hilfen versprochen werden. Gefragt nach der Unterstützung der deutschen Volksgruppen in ihrer Brückenfunktion zu den östlichen Nachbarstaaten, bekennt sich die SPD zu einem Kulturaustausch und die grenzüberschreitende kulturelle Breitenarbeit bei Anerkennung der Rolle der deutschen Volksgruppen. Man fragt sich nur, warum es unter der rot-grünen Regierung erhebliche Einschnitte in diesem Bereich gegeben hat. Die Grünen erkennen die Existenz und die berechtigten Anliegen der deutschen Minderheit an. Sie fordern dabei eine konsequente Aussöhnungspolitik und sehen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht mehr der Dominanz von Interessengruppen wie dem BdV unterliegen darf. Die FDP will die Brückenfunktion der deutschen Volksgruppen auch als Wegbereiter für freundschaftliche Beziehungen zu Nachbarstaaten verstanden wissen. Allein CDU/CSU wünschen den Ausbau grenzüberschreitender Kontakte mit den Deutschen Freundschaftskreisen, fordern dabei die Sicherstellung der Zuwendungen und eine weitgehende Mitwirkung der Betroffenen.

Verwirrend sind die Aussagen aller Parteien über eine bundeseinheitliche Regelung für personenstandsrechtliche Eintragungen für Vertriebene. Hier hatte ein Erlass von Innenminister Schäuble großen Unmut hervorgerufen, weil er den Ländern empfahl, für in den deutschen Ostgebieten ge-

borene Deutsche nicht Deutschland als Geburtsland einzutragen, sondern Polen oder Russland, wenn die Geburt nach dem 2. 8. 1945 erfolgte. Die SPD hält diese Änderung für eine pragmatische Entscheidung, die auch außenpolitische Aspekte berücksichtigt, also die Interessen der Vertreiberstaaten. Die Grünen hatten sich mit dieser Frage noch nicht befasst und baten deshalb um nähere Erläuterungen, während die FDP das Thema als erledigt ansieht. Sie geht davon aus, dass bei Vertriebenen kein Geburtsstaat mehr eingetragen wird, lässt aber die Frage der nach dem 2. 8. 1945 Geborenen offen. Ausweichend auch die Antwort der Union, die darauf aufmerksam macht, dass das Melderecht keinen Einfluss auf den Status als Deutscher hat. Sie will die völkerrechtliche Position Deutschlands wahren sowie auf die Gefühle der Menschen Rücksicht nehmen. Eine sehr widersprüchliche Position. Wie kann man für einen in Breslau geborenen Deutschen als Geburtsland Polen eintragen aber gleichzeitig erklären, dass Breslau zu diesem Zeitpunkt nicht Ausland war. Hier wird auf den Gefühlen von Menschen herumgetrampelt und nicht Rücksicht genommen.

Es bleibt festzuhalten, dass die Parteien selbst bei den so genannten „weichen Themen“, die die eigentlichen Kernfragen ausklammern, in unterschiedlicher Ausprägung Distanz zu den Vertriebenen halten. Teilweise war auch die Fragestellung des BdV nicht präzise genug. So konnte manchmal ins Unverbindliche ausgewichen werden. Trotz ihrer kritischen Haltung zu den Vertriebenen kann den Grünen eine bemerkenswerte Erkenntnis und Selbstkritik nicht abgesprochen werden, denn sie weisen darauf hin, dass in Teilen der westdeutschen Linken die Auffassung vorherrschte, die deutschen Opfer der Vertreibung seien eine gerechte Strafe für die Verbrechen der Nazis. Gerech, so heißt es weiter, konnte man dies aber nur finden, wenn man Anhänger der Kollektivschuldthese war. Denn nach individueller Schuld und Verantwortung wurde von den Vertreibern ja nicht gefragt: Aus dieser Perspektive hatten die Vertriebenen sozusagen als Stellvertreter die Last der Schuld zu übernehmen.

Ob diese Aussagen für die Zukunft hoffen lassen, bleibt allerdings zu bezweifeln.

&gt;&gt;&gt;

„Opel“) arbeitet ganz Oberschlesien bis nach Oppeln, ja sogar auch bis Krakau“, schreibt das Warschauer bürgerliche Blatt. Man verdient hier nicht schlecht, circa umgerechnet 1000 Euro monatlich.

Als die Nachricht kam, dass in Gleiwitz bald die Lichter ausgehen können, verging den oberschlesischen Oppelnern der Appetit auf das üppige und traditionelle Werks-Familienfest – es wurde abgeblasen!

Der „Solidarnosc“-Chef von „Opel“-Gleiwitz, Slawomir Ciebiera, erklärte die Situation so: „Wir sind wie ein Schwerkranker, der auf die Diagnose wartet! Was wird überhaupt mit der Produktion von „Astra“ und „Vectra“? Bisher gingen die meisten Pkws nach Spanien. Aber: Die Nachfrage ging im Vergleich zum Vorjahr um ca. 44% zurück. Wobei überhaupt Gleiwitz zu 95% für den Export arbeitet.“

In St. Petersburg beginnt indessen im Herbst die Produktion des „Astra“. Natürlich billiger als in Polen. Und: Die russischen Arbeiter wurden in Gleiwitz ausgebildet. Es irritieren die Telefonanfragen – nicht nur russischer Journalisten – aus St. Petersburg. In Gleiwitz mutmaßt man, dass die Russen bei Übernahme Gleiwitz keine Zukunft garantieren. „Davor herrscht Angst“, erklärte der Zeitung eine „Opelanerin“ aus dem benachbarten Hindenburg. Umsomehr da sie „Sbierbank“ erklärte, dass sie ihre Anteile der russischen Firma GAZ abtreten will. Es irritiert, dass schon jetzt ständig Russen durchs Betriebsgelände laufen. „Opel“ ap-

pelliert sowohl an die Regierung Tusk als auch an den Euro-Abgeordneten, Expremier Prof. Jerzy Busek, dass dem Werk „kein Leid“ auch seitens der EU geschehen möge. Man wünscht sich eventuelle Kredite für den Bau des „Astra IV“.

Insider sind sich sicher, dass – wenn „Opel“ dicht machen sollte – es eine große industrielle Lücke geben würde. Ob die Reaktivierung des Flughafens (früher deutscher Luftwaffelliegehorst) dann noch sinnvoll wäre, sei dahingestellt.

Und natürlich würde darunter auch die angesehene Gleiwitzer Technische Hochschule leiden, ihren Mäzen zu verlieren.

Joachim Georg Görlich

## KUR IN POMMERN

**Kolberg a. d.  
Ostsee – H\*\*\***

7xÜ/HP,DZ=EZ,  
15 Anwendungen,  
4 Tanz-Abende,  
Busfahrt (jede Wo.)

ab 259,-

☎: 05251/390900,  
jawa-reisen.de

Die Landsmannschaft Schlesien, Kreisverband Bremerhaven trauert um ihren

## Ehrenvorsitzenden Oskar Thomas

\* 8. 6. 1920                      † 9. 8. 2009  
Liegnitz/Niederschlesien      Bremerhaven-Geestemünde

Oskar Thomas war Kulturwart, langjähriger Kreisvorsitzender und seit dem Jahre 2000 Ehrenvorsitzender der Landsmannschaft. Ihm wurden im Laufe seiner erfolgreichen Tätigkeit für Flüchtlinge und Vertriebene sowie für ältere und kranke Menschen die Goldene Ehrennadel der Landsmannschaft Schlesien, das Schlesierkreuz und das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Alle Mitglieder der Landsmannschaft Schlesien werden sich stets dankbar an ihren Ehrenvorsitzenden erinnern.

Peter Haschke  
1. Vorsitzender

Irene Klein-von Nethen  
2. Vorsitzende und Kulturwartin

Jürgen Sandmann  
Pressewart

Landsmannschaft Schlesien, Dollendorfer Str. 412, 53639 Königswinter  
Postvertriebsstück, DPAG, Entgelt bezahlt, G 9638

**Impressum: Schlesische Nachrichten**, Zeitung für Schlesien, vereint mit **Oberschlesischer Kurier** · **Herausgeber:** Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V., vertreten durch den Bundesvorsitzenden Rudi Pawelka, Dollendorfer Straße 412, 53639 Königswinter, Telefon (0 22 44) 92 59-0, Fax (0 22 44) 92 59-290.

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. – Bundesleitung – im Internet: www.schlesien-lm.de

**Texte und Redaktion:** Dr. Michaela S. Ast – ma – (Chefredakteurin). Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge redaktionell zu kürzen. Telefon (0 22 44) 92 59-0, Fax (0 22 44) 92 59-290, E-Mail: schlesische-nachrichten@freenet.de

**Nachdruck:** Der Nachdruck von Beiträgen der „Schlesischen Nachrichten“ ist nur mit Genehmigung des Herausgebers zulässig.

**Anzeigen:** Cindy Hielscher, LAUSITZ KOMMunikation, Ortsstraße 91, 02829 Markersdorf, Telefon (03 58 29) 1 78 32, Mobil: 0172 3682790, E-Mail: chielscher@gmx.net

**Bestellungen** bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Schlesien · **Bezugspreis:** Einzel exemplar 2,20 Euro, 3,30 Zloty; Jahresabonnement 42,00 Euro · **Erscheinungsweise:** zweimal im Monat; Abonnementkündigung nur bis zum 30. November eines laufenden Jahres für das kommende Jahr möglich. Für unverlangte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher können nur zurückgeschickt werden und Zuschriften sowie Anfragen können nur beantwortet werden, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Die mit Namen oder Chiffre gezeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

**Bankkonto:** Volksbank Bonn Rhein-Sieg eG, BLZ 380 601 86, Kto.-Nr. 260 089 3036.

**Herstellung:** Brinkmann Henrich Medien GmbH, Meinerzhagen

## SCHNELL \* GUT \* PREISWERT

# Sprachvermittlungsdienst SPIELVOGEL

Übersetzungs- und Dolmetscherdienst  
für die polnische Sprache

**Dipl.-Ing. Damian Spielvogel**

Mit staatlicher Anerkennung geprüfter Dolmetscher und  
Übersetzer für die polnische Sprache

**Geislarstraße 63-65 • 53225 Bonn**

**Tel.: 02 28 – 97 37 958**

Auskünfte zu Eigentumsfragen, Immobilienerwerb,  
Urkundenbeschaffung, Ahnen- und Familienforschung  
können nicht erteilt werden.



Wir laden alle herzlich ein zum

**III. Kulturfestival  
der deutschen Minderheit  
in Polen am 12. September 2009  
Jahrhunderthalle in Breslau**



Verband der deutschen Sozial-Kulturellen  
Gesellschaften in Polen  
Deutsche Sozial Kulturelle Gesellschaft in  
Breslau



Schlesien - „ein zehnfach interessantes Land“  
(Dienke, im August 1796)

**Schlesierland  
on tour**

Maik Spodzay  
Bautzener Str. 37, 02826 Görzitz  
Telefon: 03581 764913  
www.schlesierland-ontour.de

Lassen Sie uns Schlesien gemeinsam  
bereisen und neu kennenlernen!

Für alle schlesieninteressierten Reisegruppen  
organisieren wir:

**SPEZIELLE SCHLESIENREISEN  
MIT KOMPETENTER REISELEITUNG**  
Abholung in allen Bundesländern möglich!